

# DEMO NEWSLETTER

Ausgabe 1 | 2010

## Liebe Leserin, lieber Leser,

wir hoffen, Sie starten gut ins WM-Jahr 2010. Die DEMO-Redaktion wünscht Ihnen Glück, Erfolg und Gesundheit. Der Silvesterkater war kaum vorbei, da landeten viele auf dem harten Boden des neuen Jahres. „Gebührenhammer“ nannte „Bild“ den Zuschlag bei Müll- u.a. Gebühren. Schwarzgelbe Steuersenkungsträume kosten eben. Keine Kulanz gewährt Schwarz-Gelb auch Hartz-IV-Empfänger: „Zu viel gezahlte“ 20 Euro Kinder-

geld werden zurück gefordert, auch wenn jeder Bescheid 21 Euro kostet (Tagesspiegel) Eine gute Nachricht kommt aus Magdeburg, das ab Anfang Februar „Ottostadt“ heißen wird und damit gleichzeitig Otto den Großen und Otto von Guericke ehrt.

Herzliche Grüße, ihr Kai Doering

PS: Am 16./17. Juni ist der 5. DEMO-Kommunalkongress in Mannheim. Alles Neue auf Facebook!!!

## DEMO 2/2010: Die Städte brechen ein



Der **DEMO-Titel** beschäftigt sich mit den Folgen für die Kommunen aufgrund wegbrechender Finanzen. Z.B. Essen, das zwar großartig die Eröffnung der Kulturhauptstadt gefeiert hat, was aber nicht darüber hinwegtäuscht, dass die Stadt wie ein Unternehmen kurz vor der Insolvenz ist. Oder wie manche ostdeutsche Kommune, die zu viel gezahlte Konjunkturpakete zurückgeben muss. Trotz- oder gerade deswegen ergeben sich die Kommunen nicht dem

Fatalismus, wie das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ zeigt. Es gibt finanzschwachen NRW-Kommunen eine starke Stimme.

In den **Berichten** geht es u.a. um die neue SPD-Führung in Sachsen-Anhalt, um die veraltete Vorstellung von ehrenamtlicher Politik und einen kleinen Handelskrieg zwischen Rheinland-Pfalz und NRW.

In der **neuen Rubrik „Recht“** geben wir jetzt monatlich Rechtstipps für Kommunen.

Im **Report** zeigen wir, wie Kommunen durch intelligente Energiepolitik Vorreiter beim Klimaschutz sein können.

## +++ Deutschland kommunal 2010 +++ Deutschla



Der **kommunale Ratgeber fürs Jahr: das große DEMO-Kommunalhandbuch – umfassend und übersichtlich:**

Kommunale Institutionen in Städten, Kreisen, Ländern und dem Bund; Verwaltungs- bzw. Dezernatsstruktur aller Städte

über 20 000 Einwohner mit Anschriften; Verteilung der Sitze in Rat und Kreistagsfraktion; (Ober-

Bürgermeister, Stadträte und Dezernenten mit Parteizugehörigkeit und Kontaktdaten; E-Government-Beauftragte. Neu: Kommunalberatungen.

**Weitere Schwerpunkte:**

Parteien, Wirtschaft, Energie/Stadtwerke aus Städten mit über 100 000 Einwohnern, Verkehr, Medien, Umwelt/Entwicklung, Freizeit, Kultur  
**Termine:** Fachmessen, Kongresse, Veranstaltungen

Das neue Nachschlagewerk ist erhältlich unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de) oder bei Stefanie Martin, Fax: (030) 255 94 -199, [vertrieb@demo-online.de](mailto:vertrieb@demo-online.de)

Einen besonderen Service bietet die DEMO-Anzeigenabteilung für Werbekunden und solche, die es werden wollen: eine aktuelle und detaillierte The-

menvorschau für die jeweils kommende Ausgabe der DEMO.

Infos unter [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)

### Die Rubriken im DEMO-Newsletter:

- 2-4 Politik
- 5 Rezension
- 6 Klima
- 7 IT und Wirtschaft
- 8 Aus SPD & SGK
- 9 Tipps
- 10 Termine, Impressum

Anzeige

**Qualität** für die Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft  
Dafür steht der **Entsorgungsfachbetrieb**  
[www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de](http://www.bvse-entsorgungsgemeinschaft.de)

Mit Durchblick. Für Qualität!

Entsorgungsgemeinschaft e. V.

Anzeige

CEP® CLEAN ENERGY & PASSIVEHOUSE  
25 - 27.02.2010  
Stuttgart, Germany

Anzeige

**WIKOM AG**  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

14193 Berlin, Humboldtstraße 17  
Tel. (030) 89 04 09 0, Fax: (030) 89 04 09 99  
E-Mail: [berlin@wikom-ag.de](mailto:berlin@wikom-ag.de)  
Homepage: [www.wikom-ag.de](http://www.wikom-ag.de)

**ITI**  
Mittelrheinische Treuhand GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft

56068 Koblenz, Hohenzollerstraße 104 - 108  
Tel. (02 61) 3 03 12 0, Fax: (02 61) 3 03 12 93  
E-Mail: [zentrale@m-treuhand.de](mailto:zentrale@m-treuhand.de)  
Homepage: [www.m-treuhand.de](http://www.m-treuhand.de)

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Die DEMO 3/2010 erscheint am 4.März 2010. Täglich aktuelle Infos unter [www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)  
„Deutschland kommunal 2010“ ist erhältlich unter [vertrieb@vorwaerts.de](mailto:vertrieb@vorwaerts.de), die Mediadata unter [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de)

## Berlins S-Bahn nicht vor 2011 in Normalbetrieb

Normalen Fahrbetrieb gibt es in Berlins S-Bahn nicht vor 2011. Dies teilte Deutsche Bahn-Chef Rüdiger Grube gestern bei einem Gespräch Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) mit. Die S-Bahn fährt derzeit mit der Hälfte ihrer ca. 1 000 Waggons und erfüllt kaum den Notfahrplan. Wegen fehlerhafter oder „gesparter“ Wartung fielen viele Waggons mit Reifenschäden aus, die S-Bahn muss rd. 4 000 Achsen und 8 000 Räder ersetzen. Das kostete bisher rd. 160 Millionen Euro, so Grube. Nun kommen ca. 70 Millionen Euro dazu: So viel kostet die Entschädigung, die die Bahn vorschlug: zwei Monate lang Gratisfahrt für Monats- und Jahresabobesitzer/innen. Für Wowereit ist damit für das

Land „nicht alles erledigt.“ Er erwartet, dass die Bahn bei Vertragsnachverhandlungen schärferen Sanktionsmöglichkeiten zustimmt, und will eine Wiederholung des Debakels ausschließen. Der Senat will einen Teil des Netzes, den Berliner Ring, ausschreiben. Bahnchef Grube bat die Fahrgäste um Entschuldigung, die stehen seit Monaten auf kalten Bahnhöfen und warten oder drängen sich in überfüllten Bussen und U-Bahnen der BVG. Die Opposition kritisierte, der Bahngipfel habe nichts gebracht, und forderte eine Erfolgsgarantie der Bahn (CDU) oder eine Kündigung des bis 2017 laufenden Vertrags (Grüne). Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg forderte strukturelle Entscheidungen. *sg*



Bild: pixelio.de, Johannes Becker

Quellen: taz, Berliner Morgenpost, Berliner Zeitung, Tagesspiegel vom 29. Januar, [www.s-bahn-berlin.de](http://www.s-bahn-berlin.de)

## Blick in Berlins Verkehrszukunft

Weniger Autos und Fußgänger, dafür mehr Fahrräder. So lässt sich das Ergebnis der ersten „Gesamtverkehrsprognose 2025“ für Berlin und Brandenburg zusammenfassen. Der 117 Seiten starke Abschlussbericht sagt die Entwicklung der Verkehrszusammensetzung für die kommenden 15 Jahre vorher. Demnach werden die Hauptstädter 2025 rund 700 000 Fahrten täglich mit dem Fahrrad unternehmen. Derzeit sind es etwa 500 000. Damit würde der Anteil der Radler am Gesamtverkehr von jetzt 11 auf 16 Prozent steigen. In Brandenburg im-

merhin von 10 auf 13. Der Anteil der Autofahrer in Berlin sinkt hingegen von 36 auf 33 Prozent. Busse und Bahnen sollen ihren Anteil von zurzeit knapp 27 Prozent halten können. Insgesamt sagt die Verkehrsprognose eine großräumige Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung mit Gebühren von fünf Euro pro Stunde und eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h auf vielen Hauptstraßen voraus. Hauptgrund für die sinkende Mobilität in der Region sei der zunehmende Anteil von Senioren, so die Autoren der Prognose. *kai*

Quellen: Welt vom 27. Januar, [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de), [www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik\\_planung/prognose\\_2025/](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/prognose_2025/)

## Abwärtstrend gestoppt, aber keine Entwarnung

Der Abwärtstrend bei der Gewerbesteuer wurde im vierten Quartal 2009 in Hessen gestoppt: Die Kommunen erreichten im Vergleich zum dritten Quartal ein Plus von 40,3 Prozent. Damit lagen die Einnahmen sogar knapp über denen des Vorjahresquartals, allerdings liegen sie für ganz 2009 um mehr als ein Viertel unter dem Vorjahreswert. Karl-Christian Schelzke, geschäftsführender Direktor beim Hessi-

schen Städte- und Gemeindebund, sieht eine erfreuliche Entwicklung, warnt aber vor einer Entwarnung: Fast die Hälfte von Hessens Kommunen musste im vierten Quartal Einbußen hinnehmen, im ganzen Jahr sogar 70 Prozent der Kommunen. So verlor die Stadt Frankfurt, die im vierten Quartal 76 Prozent Plus verzeichnete, 2009 knapp ein Drittel gegenüber den Einnahmen von 2008. *sg*

Quelle: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de), [www.hsgb.de](http://www.hsgb.de), Frankfurter Rundschau vom 27. Januar,

## SPD warnt vor Zerschlagung der Jobcenter

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) will die Jobcenter so umbauen, dass Kommunen und Arbeitsagenturen getrennt agieren, aber freiwillig kooperieren können. Das Kabinett soll Ende Februar einen Gesetzentwurf beraten, der bis zur Sommerpause verabschiedet werden soll. Laut von der Leyen enthält der Referentenentwurf, zwei Änderungen: Antragsteller erhielten ab 1. Januar 2011 wieder zwei Bescheide. Einen zum Arbeitslosengeld II von der Arbeitsagentur, einen zur Warmmiete von der Kommune. Die beiden Behörden könnten die Bescheide in einem Brief schicken. Für Sanktionen sei die Agentur verantwortlich, für soziale Hilfen die Kommune, so die Ministerin. Klagen und Widersprüche müssten nun an beide Seiten gehen, nicht mehr an das Jobcenter. Hubertus Heil, für Arbeitsmarktpolitik zuständi-

ger Fraktionsvize der SPD, bot der Ministerin die Mitwirkung der SPD zu einer Grundgesetzänderung an und warnte, der Referentenentwurf beende die Hilfe für Langzeitarbeitslose aus einer Hand und stürze die Jobcenter ins Chaos. Der Plan, die Optionskommunen zu entfristen, sei verfassungsrechtlich bedenklich und würde beklagt, u.U. mit einer Organklage der SPD-Fraktion in Karlsruhe. Für Mannheims Bildungsdezernentin Gabriele Warminskis-Leitheußer bedeutet der Entwurf die Zerschlagung der Jobcenter, zwei Bescheide in einem Brief seien lächerlich, alles laufe dann wieder in Doppelarbeit. Laut Sozialdezernent Tim Kähler kostet die Trennung der Jobcenter nur in Bielefeld rd. 3,5 Millionen Euro, 60 000 Akten seien zu kopieren. Mühsam habe man alle Beteiligten an einen Tisch gebracht, „das wäre dann alles zu Ende“. *sg*



Foto: pixelio.de, Matthias Balzer

Quellen: Hamburger Abendblatt, Stuttgarter Zeitung vom 26. Januar, Heil, Kähler und Warminskis-Leitheußer auf einem Pressegespräch der Bundes-SGK am 29. Januar im Willy-Brandt-Haus.

## Klamme Kommunalkassen an der Küste

Die Einnahmen der Kommunen in Schleswig-Holstein sind 2009 im Vergleich zum Vorjahr um 4,5 Prozent oder 150 Millionen Euro zurückgegangen.

2010 werden es laut Steuerschätzung weitere 100 Millionen sein. Der kommunale Finanzausgleich soll in diesem Jahr nicht weiter gekürzt werden. *kai*

Quelle: Der Landtag Schleswig-Holstein 1/2010

## Debatte über brandenburgische Landräte

Nach dem Debakel bei den Landratsstichwahlen in fünf brandenburgischen Kreisen am 24. Januar ist ein Streit über die Direktwahl der Kandidaten entbrannt. Die SPD fordert, diese abzuschaffen und die Landräte stattdessen wieder wie in den vergangenen 20 Jahren von den Kreistagen wählen zu lassen. CDU, FDP, Grüne und Linkspartei plädieren stattdessen für eine Zusammenlegung mit anderen Wahlen oder eine Absenkung bzw. Abschaffung des Quorums. Dies war den Bewerbern in vier von fünf Kreisen zum Verhängnis geworden, da weder in

Ostprignitz-Ruppin, noch in Elbe-Elster, Barnim oder Spree-Neiße einer der Kandidaten die gesetzlich verlangte Stimmzahl von 15 Prozent der Wahlberechtigten erreichte. Nur der parteilose CDU-Kandidat Sigurd Heinze bekam die notwendigen Stimmen und setzte sich mit 66 Prozent gegen die SPD-Landtagsabgeordnete Martina Gregor-Ness durch. Er ist damit der erste und einzige direkt gewählte Landrat Brandenburgs. Die SPD will nun die Wahl in der Uckermark Ende Februar abwarten und dann über ihr Vorgehen entscheiden. *kai*



Bild: www.pixelio.de, tommyS

Quelle: Tagesspiegel vom 25. und 26. Januar, Morgenpost vom 26. Januar

## Armes Berlin, reiches Bayern

Das Armutsrisiko ist in Berlin viermal höher als in Bayern. Dies geht aus der Bertelsmann-Studie „Bundesländer im Standortwettbewerb 2010“ hervor. Demnach sind in Süddeutschland durchschnittlich nur gut 50 von 1 000 Einwohnern auf finanzielle Unterstützung des Staats angewiesen. In Berlin beziehen dagegen knapp 200 von 1 000 Einwohnern staatliche Transferleistungen. Insgesamt zeigt sich bei der Armut ein allgemeines Nord-Süd-Gefälle. Überdurchschnittlich hoch ist die soziale Absicherung neben Bayern und Baden-Württemberg in Rheinland-Pfalz mit einem Anteil von rund 7 Prozent Transferempfängern sowie Hessen und dem Saarland (jeweils 9 Prozent). Im Mittelfeld liegen

Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wo jeweils etwa 10 Prozent der Bevölkerung auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Als einziges ostdeutsches Bundesland liegt Thüringen mit 12 Prozent vor Hamburg mit 13 Prozent in dieser Gruppe. Das hintere Drittel führen Sachsen und Brandenburg mit jeweils rund 14 Prozent an. Mit einigem Abstand folgen Sachsen-Anhalt, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 17 Prozent sowie das Schlusslicht Berlin mit 20 Prozent. Eine Ursache für die Unterschiede sehen die Autoren der Studie in dem hohen Anteil Alleinerziehender in Ostdeutschland sowie in der schwierigen Arbeitsmarktsituation. *kai*



Bild: Dre Odz (cc)

Download der Studie: [http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-9D3231FF-2BAA35Fo/bst/hs.xsl/nachrichte\\_n\\_99474.htm](http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-9D3231FF-2BAA35Fo/bst/hs.xsl/nachrichte_n_99474.htm)

## Hamburger Senat setzt Ikea-Bau durch

Ikea darf in Altona ein Einrichtungshaus bauen. Nachdem ein Bürgerentscheid 77,2 Prozent Ja-Stimmen ergeben hatte, zog am 26. Januar der Hamburger Senat das Genehmigungsverfahren an sich und machte damit den Weg frei für den Bau. Ein zweites Bürgerbegehren hätte den Bau verhindern können. Der Senat entsprach damit dem Bürgerbegehren „Pro Ikea“. Gegner des Projekts hatten ein zweites Begehren angekündigt, das den Bau fraglich gemacht hätte. Nun wollen CDU-, SPD- und GAL-

Fraktion in der Altonaer Bezirksversammlung sicherstellen, dass die Ansiedlung „sozial verträglich“ erfolgt. Die Baugegner befürchten dagegen u.a. ein stark erhöhtes Verkehrs- und Lärmaufkommen in der dicht besiedelten Altonaer Wohngegend. Sie bleiben daher bei ihrem eigenen Begehren, die Stimmen dafür werden noch ausgezählt. Mit der Entscheidung des Senats ist das Ergebnis aber praktisch bedeutungslos geworden. *sg*



Foto: Listen Missy! (cc)

Quellen: Hamburger Abendblatt vom 26.1., Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.1.

## Neuwahlen in Dortmund am 9. Mai?

Eine Wiederholung der Dortmunder OB-Wahl wird immer wahrscheinlicher. Nachdem Ulrich Sierau seine Amtsgeschäfte am 19. Januar an Stadtdirektor Siegfried Pogadl (beide SPD) abgegeben hat, dürfte der Weg frei sein. Grund für Sieraus Entscheidung sei ein Brief des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts gewesen, in dem es einem Kläger gegen die Wiederholung der OB-Wahl mitteilte, dass dessen Klage „keine Aussicht auf Erfolg haben dürfte“. Als Grund teilte das Gericht mit, dass der Bürger kein Mitglied in einem Entscheidungsgremium der

Stadt Dortmund sei. Unklar bleibt, ob und wann die Wahlen des Stadtrats sowie für die Bezirksvertretungen wiederholt werden. Der Stadtrat hatte sich zwar am 10. Dezember mehrheitlich dafür ausgesprochen, mittlerweile liegen aber zahlreiche Klagen von SPD-Mitgliedern gegen die Entscheidung vor. Da diese aufschiebende Wirkung haben, könnte es noch Jahre bis zu Neuwahlen dauern. Sierau hatte als Datum für alle Urnengänge den 9. Mai, den Tag der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, vorgeschlagen. *kai*



Ulrich Sierau

Foto: flickr/NRW-SPD

Quellen: [www.rp-online.de](http://www.rp-online.de), [www.derwesten.de](http://www.derwesten.de), [www.dortmund.de](http://www.dortmund.de)

## Problemzonen einer Großstadt

Jeder vierte Berliner lebt in einem Gebiet mit besonders großen sozialen Problemen. Das geht aus dem „Monitoring soziale Stadtentwicklung“ für 2009 hervor, das der Stadtsoziologe Hartmut Häußermann jährlich im Auftrag des Senats erstellt. Demnach ballen sich die Probleme in fünf großen Gebieten: im Nordosten Kreuzbergs, im Norden Neuköllns, in Wedding/Moabit, in Nord-Marzahn/Nord-Hellersdorf sowie in der Mitte von Spandau. Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) hat bereits zugesagt, diese Ge-

biete finanziell besonders fördern zu wollen. Bereits im vergangenen Jahr waren die Mittel um 20 auf 50 Millionen erhöht worden.

Mit dem Geld werden Programme gegen das Schulschwänzen oder Sprachkurse für Zuwanderer finanziert. Daneben soll die Zusammenarbeit zwischen den Behörden, der Polizei, Vereinen, Vermietern und Bewohnern weiter verbessert werden. Dafür kündigte die Senatorin die Einstellung von sogenannten Gebietsbeauftragten an.

kai

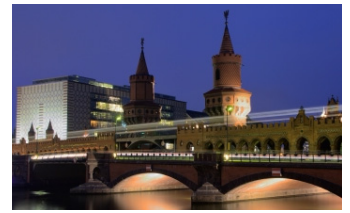


Foto: pixelio.de, Uwe Muehle

Quellen: Berliner Zeitung und Tagesspiegel vom 21. Januar, Kurzfassung des Monitorings: [www.stadtentwicklung.berlin.de](http://www.stadtentwicklung.berlin.de)

## Positive Bilanz für kommunale Investitionen

Der Deutsche Städtetag hat Ende 2009 eine positive Zwischenbilanz zum Anfang 2009 auf den Weg gebrachten Zukunftsinvestitionsgesetz gezogen. Bei den kommunalen Investitionen sei für 2009 mit ei-

nem Zuwachs von fünf Prozent zu rechnen. Insgesamt stehen für kommunale Investitionen 13,3 Milliarden Euro zur Verfügung, von denen über elf Milliarden schon fest in Projekte investiert wurden.

Quelle: PM Deutscher Städtetag, 29. Dezember 2009

## Kündigung wegen Trinkgeldkasse

Für das Führen einer Trinkgeldkasse hat die Stadt Worms vier Kassiererinnen des städtischen Freizeitbads gekündigt. Sie hätten eine „Schwarzgeldkasse“ geführt, so der Vorwurf. Nach Angaben der Mitarbeiterinnen hätten sie pro Jahr rund 70 Euro an Trinkgeldern gesammelt und diese unter den 20 Mitarbeitern des Bads aufgeteilt. Nachdem die Kassiererinnen vor die Wahl gestellt worden waren entweder das Bad zu verlassen oder künftig halb-

tags als Reinigungskräfte zu arbeiten, zogen sie vors Arbeitsgericht. Daraufhin stellte die Stadt Strafanzeige wegen „Fundsachenunterschlagung“. Die Frauen hätten das Geld in den Umkleidräumen gefunden, so die Argumentation. Dieses hätten sie abgeben müssen. Auch Trinkgelder dürfen Angestellte von Kommunen nur dann annehmen, wenn der Arbeitgeber vorab zustimmt. Der nächste Gerichtstermin ist für den 2. Februar angesetzt.

kai



Bild: www.pixelio.de, Rainer Sturm

Quelle: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), [www.wormser-zeitung.de](http://www.wormser-zeitung.de)

## Difu-News

### Studie zu PPP in Deutschland

Etwa ein Viertel der Kommunen und Länder, die das Difu zum Jahreswechsel 2008/09 zu ihren Erfahrungen und Planungen mit Infrastrukturprojekten in Public Privat Partnerships (PPP) befragte, wollen in den kommenden fünf Jahren PPP-Vorhaben anstoßen und umsetzen. Damit ist in diesem Zeitraum allein bei den Kommunen ein Gesamtvolumen bei PPP-Vorhaben in Höhe von etwa

8,4 Milliarden Euro denkbar. Trotz dieser beachtlichen Zahlen ist eine „Abkühlung“ des PPP-Marktes offensichtlich. Die Ursachen und detaillierte Ergebnisse zu den bisherigen Erfahrungen mit PPP sind in der neuen Difu-Studie über Stand und Perspektiven von PPP-Infrastrukturprojekten in Deutschland nachzulesen.

[www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=1024](http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=1024)

### Kooperationen im kommunalen Energiemanagement

Zusammenarbeit lohnt sich – auch beim kommunalen Energiemanagement. Die kommunalen Energiebeauftragten der deutschen Städte griffen daher dieses Thema bei ihrem Jahreskongress 2009 in der Stadt Münster auf. Weitere Themen waren Energieeffizienz, erneuerbare Energien,

Energie im Gebäudemanagement, Energiemanagement in kleinen und mittleren Kommunen, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. Das Difu hat den Kongress mit seinen 19 Workshops dokumentiert.

<http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=1023>

### Wie Kommunen und Regionen INTERREG IV B nutzen können

Das Difu hat diverse Fallstudien zu Projekten im Themenfeld Innovation und Raumentwicklung durchgeführt. Diese „guten Beispiele“ bilden die Grundlage einer im Auftrag des BBSR/BBR erarbeiteten Broschüre und zeigen, wie die beteiligten Kommunen und Regionen und die jeweiligen

Zielgruppen von INTERREG-Aktivitäten profitieren konnten. Zudem gibt die Broschüre Tipps und Hinweise für alle, die eigene Projektaktivitäten im Bereich der Innovationsförderung im Rahmen von INTERREG B planen.

<http://www.difu.de/publikationen/abfrage.php3?id=1026>

## Rezension: Überblick zur Engagementpolitik

Seit der Bundestagsenquete zu Ehrenamt und Bürgerengagement hat sich viel getan: Die Engagementexperten Thomas Olk, Ansgar Klein und Birger Hartnuß (Herausgeber) ziehen in ihrem 638-Seiten umfassenden Überblick eine insgesamt positive Bilanz der Engagementpolitik auf allen politischen Ebenen, seitdem der Abschlussbericht der Enquete-Kommission 2002 die Engagementpolitik in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit gerückt hatte. Anliegen und Vorhaben der Engagierten finden im traditionell staatsfixierten Deutschland zunehmend Berücksichtigung und „sind auch im Institutionensystem inzwischen zunehmend verankert“

(S. 8). Nach der guten Einführung der Herausgeber zeigt der 1. Teil historische Zugänge (u.a. Karl-Werner Brandt, Die Neuerfindung des Bürgers), in Teil 2 geht es um das Mitwirken der Bürger in diversen Bereichen (Gisela Jakob, Infrastrukturen zur Engagementförderung in den Kommunen), in Teil 3 um Engagementpolitik im föderalen System (Bogumil/Holtkamp, Die kommunale Ebene), in Teil 4 um Europa, Teil 5 behandelt Felder von Bildung über Gesundheit bis Umwelt. Zuletzt schreibt Roland Roth: „Engagementpolitik als Demokratiepolitik“. Der Band ist ein Standardwerk für alle, die sich engagieren und Engagement fördern wollen. *sg*



Thomas Olk u.a. (Hg.), *Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe*, 2009, 638 S., 49,90 Euro, VS Verlag Wiesbaden

## Rezension: Bürgerhaushalt in Europa

Ausgehend von dem stark direkt demokratisch orientierten Modell im südbrasilianischen Porto Alegre vermehrt sich das Modell des Bürgerhaushalts in ganz Europa. Es gehört zu den innovativsten Verfahren der Bürgerbeteiligung und hat sich vor allem in größeren Städten etabliert. In dieser systematisch vergleichenden Studie werden die Verfahrensweise und die Ergebnisse der Bürgerhaushalte vorgestellt sowie eine Typologie der partizipativen Demokratie allgemein. Umfangreiche Fallbeispiele aus fast allen europäischen Ländern illustrieren die Spannungsfelder zwischen Bürgerbeteiligung, gestärkter Stadtspitze,

Teiltrückzug der Parteipolitik und wachsender Einflussnahme der Wirtschaft („PPP“). Dabei ist die zentrale These des Buchs, dass es eine Wahlverwandtschaft von Beteiligung und Verwaltungsmodernisierung gibt. Deshalb liegen auch SPD-OB wie Jürgen Roters (Köln) und Jürgen Nimptsch (Bonn) richtig, wenn sie stark auf Bürgerbeteiligung setzen. Schließlich kann man Bürgerhaushalte auch als Einstieg zu einer neuen, sozial-integrativen Politik verstehen (Stichwort Solidarkommune). Darüber hinaus gibt der Band Einblicke in die Parallelen und Differenzen lokalpolitischer Systeme und der lokalen Demokratie in Europas Kommunen.



Yves Sintomer, Carsten Herzberg u.a., *Der Bürgerhaushalt in Europa – eine realistische Utopie?*, 2010, 378 S., 49,95 Euro, VS Verlag Wiesbaden.

## Blick nach Rechts: Im März droht „pro Berlin“

Der gerade erst zu „pro NRW“ gewechselte Patrik Brinkmann will Landesvorsitzender eines Berliner Ablegers der selbsternannten „Bürgerbewegung“ werden – und ihr Spitzenkandidat bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus im kommenden Jahr. In einem unter der Überschrift „Erst Nordrhein-Westfalen, dann Berlin!“ erschienenen Interview auf der Homepage von „pro NRW“ erklärte Brinkmann, er wolle in Berlin „politisch investieren“. Berlin habe „Symbolwert, als Hauptstadt und als Zentrum Preußens, das wir für eine geistige und sittliche Erneuerung benötigen“. Er habe, so Brinkmann, „eine Vielzahl von Ideen, wie wir in Berlin für Wir-

bel sorgen werden“. Welche dies konkret sind, verriet er nicht. Manfred Rouhs, Stadtrat von „pro Köln“ und Vorsitzender der Gruppierung „pro Deutschland“, die in der Vergangenheit die Vorarbeiten für einen Antritt bei der Abgeordnetenhauswahl vorangetrieben hatte, kündigte an, im März werde „pro Berlin“ aus der Taufe gehoben. Bei dieser Versammlung soll Brinkmann zum Vorsitzenden gewählt werden. Der Wahlkampfetat werde „nach dem Einstieg von Brinkmann insgesamt siebenstellig sein“, erklärte Rouhs. Berlin werde „im kommenden Jahr einen Wahlkampf erleben, wie ihn die Stadt ‚von rechts‘ bislang noch nicht erlebt hat“.



## Blick nach Rechts: Menschenkette gegen rechts

„Erinnern und Handeln“ lautet das diesjährige Motto eines breiten Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch am 13. Februar in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden. Die SPD ruft die Dresdnerinnen und Dresdner auf, um 13 Uhr zum Rathaus kommen und gemeinsam die Dresdner Innenstadt vor dem rechtsextremen Aufmarsch schützen. Ausgehend von dem Denkmal der Trümmerfrau wird eine Menschenkette nach zwei Seiten gebildet – in

Richtung Norden zur Synagoge und in Richtung Westen zum Altmarkt hin. Gemeinsames Symbol ist die bereits bisher genutzte weiße Rose. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden weiße Rosen zum Anstecken zur Verfügung stehen. Außerdem wird entlang der Menschenkette für warme Getränke gesorgt. Um 14.30 Uhr ist die Menschenkette beendet, im Anschluss laden viele Organisationen zu weiteren Veranstaltungen ein.

## Klimaschutzgesetz für Berlin

Die Bundeshauptstadt soll noch in dieser Legislaturperiode ein Klimaschutzgesetz bekommen. Inhalt soll unter anderem eine Pflicht zur schrittweisen energetischen Sanierung des Wohngebäudebestands ab diesen Jahr sein. Dabei sollen Hausbesitzer die festgelegten Klimaziele auf die für sie wirtschaftlichste Art erreichen können, indem sie entweder das Haus dämmen, eine neue Heizung einbauen oder erneuerbare Energien nutzen. Auch haben sie die Möglichkeit, je nach Budget zuerst die dringenden

Arbeiten zu erledigen oder gleich komplett zu sanieren. Die zu erwartenden Kosten für Vermieter und Mieter sollen durch zinsgünstige Kredite, eine Art Abwrackprämie und letztendlich niedrigere Energiekosten moderat bleiben.

Der Entwurf von Umweltsenatorin Katrin Lompcher (Linke) ist allerdings zwischen den Koalitionspartnern noch in einigen Punkten strittig. Ökologische und soziale Belange dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden, so die SPD. *nr/ka*



Bild: [www.pixelio.de](http://www.pixelio.de), Rolf Handke

Quelle: Tagesspiegel vom 25. Januar 2010

Mehr zum Thema in eine der nächsten DEMOs

## Potsdam mit Klimaschutzstrategie

Die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam lässt sich eine Klimaschutzstrategie entwickeln. Verantwortlich ist ein Konsortium, das vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) ge-

führt wird. Das Konzept umfasst die Bereiche Energieversorgung, Gebäude und Verkehr sowie Stadtplanung und Öffentlichkeitsarbeit und soll eine Vorschau der Veränderungen bis 2050 geben. *nr*

Quelle: [www.pik-potsdam.de](http://www.pik-potsdam.de)

## 1 000. Stadt im „Konvent der Bürgermeister“

Rostock ist die 1 000. Unterzeichnerstadt der EU-Initiative „Konvent der Bürgermeister“. Damit ist die Ostsee-Stadt die uneingeschränkte Verpflichtung eingegangen, mehr als die EU-weit als Ziel vorgegebenen 20 Prozent an CO<sub>2</sub>-Emissionen ein-

zusparen. Der Konvent gründete sich im Februar 2009, um im Vorfeld des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 die Städte auf den Klimaschutz einzustimmen. *nr*

[www.eumayors.eu](http://www.eumayors.eu)

## 2,2 Milliarden Euro für Gebäudesanierungen

40 Prozent der Endenergie in Häusern werden für Heizung und Warmwasser aufgewendet, und verursachen ein Fünftel aller CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Um diesen Zustand zu ändern, hatte die Bundesregierung 2009 2,2 Milliarden Euro För-

dermittel für energieeffizientes Sanieren und Bauen zur Verfügung gestellt. So wurden letztes Jahr anhand von 240 000 Krediten und Zuschüssen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau rund 620 000 Wohnungen gefördert. *nr*

PM des Bundesbauministeriums vom 20. Januar 2010

## Elektromobile Geschäftsstelle wird eröffnet

Am 1. Februar soll die von Bundesverkehrsministerium und Bundeswirtschaftsministerium gemeinsam ins Leben gerufene „Gemeinsame Geschäfts-

stelle Elektromobilität“ (GGE) ihre Arbeit aufnehmen. Ziel ist, zeitnahe und pragmatische Lösungen im Bereich Elektromobilität zu erarbeiten. *nr*

PM Bundesverkehrsministerium vom 22. Januar 2010

## Klimaschutzhauptstadt gesucht

Die Deutsche Umwelthilfe sucht die „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“. Bis zum 30. April können sich alle Kommunen in Deutschland um den Titel bewerben und zeigen, wie sie der He-

erausforderung Klimawandel begegnen. Ein besonderer Schwerpunkt des Wettbewerbs liegt auf Green IT, also bei der energieeffizienten Informations- und Kommunikationstechnologie. *nr*

[www.klimaschutzkommune.de](http://www.klimaschutzkommune.de)

## Wettbewerb gestartet

Das Bundesumweltministerium und die Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik führen gemeinsam den Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2010“ durch. Mit dem Wettbewerb sollen Kommunen

und Regionen die Möglichkeit erhalten, ihre erfolgreich realisierten Klimaschutzprojekte einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen. Insgesamt werden 240 000 Euro Preisgeld vergeben, Bewerbungsschluss ist der 31. März 2010. *nr*

[www.kommunaler-klimaschutz.de](http://www.kommunaler-klimaschutz.de)

## Aktiver kommunaler Klimaschutz

Deutscher Städte- und Gemeindebund und die Kommunale Umwelt-Aktion führen gemeinsam die dritte Fachkonferenz „Kommunen aktiv für den Klimaschutz“ durch. Themen der am 24. Feb-

ruar im Umweltministerium in Bonn stattfindenden Tagung sind Energieeffizienz, klimagerechte Stadtentwicklung, Energiekonzepte der Zukunft und Energieeinsparung. *nr*

Info und Anmeldung unter [www.congressundpresse.de](http://www.congressundpresse.de) und [www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)

## Glückliches Stuttgart

In Stuttgart wurde Ende Januar ein 2003 abgeschlossener sog. Cross-Border-Leasing-Vertrag (CBL) über die Klärwerke vorzeitig beendet. Der Gemeinderat betonte, dass dabei (wie in anderen Kommunen) kein Verlust gemacht wurde, da durch das Geschäft und seine Verzinsung ein Plus von 16,2 Millionen Euro angefallen sei, von denen der Stadt nach Abzug der Transaktionskosten und Gebühren

ein Gewinn von 11,8 Millionen Euro bleibe. In Stuttgart läuft noch ein CBL-Vertrag für das Kanalnetz, ein anderes, 2003 geplantes über 27 Schulen und Verwaltungszentren hatte eine Bürgerinitiative erfolgreich abgewendet, nachdem Gemeinderäte zugeben mussten, dass sie oft gar nicht wussten, was in den häufig über 1 000 Seiten umfassenden Verträgen steht. *nr*



Bild: www.pixelio.de, pauline

Quellen:  
Stuttgarter Zeitung, 22. Januar

## Hohe Rückforderung an Gemeinderäte

Für sechs aktive und ehemalige Mannheimer Gemeinderäte hat ihre Tätigkeit in Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen ein teures Nachspiel. Für die zurückliegenden zehn Jahre sollen die Kommunalpolitiker insgesamt 100 000 Euro, die sie für ihre Aufsichtsratsarbeit bekommen haben, an die Stadt abführen. Grund ist eine Vorschrift in der Gemeinde-

ordnung, wonach für Gemeinderäte, die für die Stadt in Organen von Wirtschaftsunternehmen sitzen, eine Ablieferungspflicht für einen Teil ihrer Bezüge besteht. Diese Passage sei erst jetzt, zehn Jahre nach dem Börsengang der städtischen MVV Energie, ins Bewusstsein gerückt, hieß es aus der Stadtverwaltung. *kai*

Quellen:  
www.badische-zeitung.de,  
www.rheinpfalz.de

## Kein Atomgeld für Ökostrombranche

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) spricht sich gegen die Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung aus, Ökostrom mit Geldern zu fördern, die man durch die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken gewonnen hat. Laut BEE-Präsident Dietmar Schütz sei dies rechtlich bedenklich und praktisch nicht umsetzbar. Nach Angaben des Bun-

deswirtschaftsministeriums könnte eine theoretische Laufzeitverlängerung von 25 Jahren den Atomstromerzeugern zusätzliche Einnahmen von 233 Milliarden Euro beschieren, die Wirtschaftsminister Rainer Brüderle (FDP) gerne zu 50 Prozent abschöpfen würde, um eben auch Erneuerbare zu fördern. *nr*

Quelle:  
Tagesspiegel vom 26. Januar

## Köln muss Messehallen kaufen

Die vier neu gebauten Messehallen in Köln werden eventuell von der Stadt gekauft. Damit möchte die Kommune einem Zwangsgeld zuvorkommen, da der Europäische Gerichtshof (EuGH) Ende Oktober 2009 feststellte, dass der Bau EU-weit hätte ausgeschrieben werden müsse und Köln damit gegen EU-Recht ver-

stoßen habe. Köln hatte 2004 einen Mietvertrag über die Messehallen mit einem Privatinvestor abgeschlossen, den der EuGH aber als Bauvertrag wertete. Seit der Fertigstellung der Hallen Ende 2005 ist die Kommune die Hauptmieterin. *nr*

Quelle: Bonner General-Anzeiger,  
23./24. Januar

## Mehr Geld für die Innenstädte

Der Bund will die Mittel zur Belebung der Innenstädte 2010 von 148 Millionen auf 200 Millionen Euro aufstocken. Grund dafür ist u.a. das Sterben großer Warenhäuser im letzten Jahr. Auch sollen ländliche Gemeinden stärker unterstützt werden,

die bereit sich, sich bei Freibädern, Bibliotheken, Ärzte- oder Kulturhäusern zu vernetzen, um die an sich teuren Angebote weiter aufrecht erhalten zu können, in dem sie sich die Aufgaben teilen. *nr*

Quelle: Frankfurter Rundschau  
vom 13. Dezember

## Kein W-Lan in Berlin

Der Berliner Senat hat Mitte Januar beschlossen, die Stadt nicht mit einem flächendeckenden W-Lan-Netz zu überziehen. Grund dafür sind die fehlenden Voraussetzungen, dass System für einen privaten Netzbetreiber attraktiv zu gestalten. So hätten von den 5 000 im Berliner S-Bahn-Ring geplanten Antennen viele nicht angebracht werden können, da viele

von den dafür vorgesehenen Laternen mit Gas betrieben werden, also ein Stromanschluss fehlt, und auch die Installation an Verkehrsampeln nicht immer möglich gewesen wäre. Außerdem sind viele Nutzer nicht mehr auf W-Lan angewiesen, da das Internet z.B. auch schon über Mobiltelefon zugänglich ist. *nr*



Bild: pixelio.de, Patrick Drexler

Quelle:  
Dienstagsbrief der SPD Berlin

## Kommunalpolitik online lernen

Kommunalpolitik online lernen – der E-Learning-Kurs „Kommcheckers kompakt“ der Friedrich-Ebert-Stiftung macht es möglich. Im März und Juni kön-

nen via Internet in drei Modulen die Grundlagen der Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen bzw. Baden-Württemberg erlernt werden. *fes*

www.fes-kommcheckers.de

## Wir gratulieren ...

nachträglich **Edgar Franke**, MdB und Bürgermeister von Gudenberg, der am 21. Januar 50 Jahre alt wurde, Passaus OB **Jürger Dupper**, der am 22. Januar seinen 49. Geburtstag feierte, dem früheren Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion **Peter Struck**, der am 24. Januar 67 wurde und MdB **Günter Gloser**, der am 27. Januar seinen 60. Geburtstag beging.

Heute wird der ehem. Landesgeschäftsführer der SPD Baden-Württemberg, **Siegmar Mosdorf**, 58 Jahre alt. Morgen begeht der ehem. Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt, **Rüdiger Fikentscher**, seinen 69. Geburtstag. **Hans-Jochen Vogel**, ehem. Partei- und Bundestagsfraktionsvorsitzender, feiert am 3. Februar seinen 84. Geburtstag. Am 4. Februar begeht **Horst Ehmke**, Bundesminister a.D., seinen 83., Hamburgs ehem. Bausenator **Eugen Wagner** seinen 68., **Christiane Krajewski**, ehem. Ministerin im Saarland und Senatorin in Berlin, ihren 61. und SPD-Bundesgeschäftsführerin **Astrid Klug** ihren 42. Geburtstag.

**Kurt Beck**, Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz und ehem. SPD-Vorsitzender, wird am 5. Februar 61 Jahre alt. Am 6. Februar feiert der Landrat des Kreises Kusel, **Winfried Hirschberger**, seinen 65., MdB **Karin Roth** ihren 61. und **Malu Dreyer**, Arbeits- und Sozialministerin von Rheinland-Pfalz, ihren 49. Geburtstag. **Dirk Panter**, Generalsekretär der SPD Sachsen, wird am 7. Februar 36 Jahre alt. **Barbara Ludwig**, OB in Chemnitz, begeht am 8. Februar ihren 48. Geburtstag. Am 9. Februar feiert **Konrad Elmer-Herzig**, ehem. MdB, seinen 61., Kassels OB **Bertram Hilgen** seinen 56. und Geras OB **Norbert Vornehm** seinen 55. Geburtstag.

Delmenhorsts OB **Patrick de la Lanne** wird am 10. Februar 48 Jahre alt. Am 11. Februar begeht der ehem. niedersächsische Ministerpräsident **Ger-**

**hard Glogowski** seinen 67. Geburtstag. Am 12. Februar feiert Hamburgs ehem. Erster Bürgermeister **Ortwin Runde** seinen 66., **Thilo Sarrazin**, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, seinen 65. und der ehem. OB in Saarbrücken und Wirtschaftsminister im Saarland, **Hajo Hoffmann**, ebenfalls seinen 65. Geburtstag.

Dortmunds früherer OB **Gerhard Langemeyer** wird am 13. Februar 66 Jahre alt. Am selben Tag begeht Offenbachs OB **Horst Schneider** seinen 58. Geburtstag. Recklinghausens ehem. Landrat und Ex-MdB **Jochen Welt** wird am 14. Februar 63 Jahre alt. **Klaus Ness**, Generalsekretär der SPD Brandenburg, feiert am 15. Februar seinen 48. Geburtstag. **Karl-Hermann Haack**, ehem. MdB, wird am 17. Februar 70. Am 18. Februar feiert Emdens OB **Alwin Brinkmann** seinen 64. und **Ivo Gönner**, OB in Ulm, seinen 58. Geburtstag. **Eberhard Brecht**, Bürgermeister in Quedlingburg, wird am 20. Februar 60 Jahre alt.

Am 21. Februar wird der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, **Walter Momper**, 65., **Ottmar Schreiner**, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, 64 und Markklebergs OB **Bernd Klose** 62 Jahre alt. **Britta Ernst**, parlamentarische Geschäftsführerin der Hamburgischen Bürgerschaftsfraktion, feiert am 23. Februar ihren 49. Geburtstag. Am 25. Februar feiert Dortmunds Altbürgermeister und SGK-Ehrenvorsitzender **Günter Samtlebe** seinen 84. und Biberachs OB **Thomas Fettback** seinen 51. Geburtstag. **Martin Dulig**, SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzender in Sachsen, wird am 26. Februar 36 Jahre alt. Am 27. Februar feiert Saarbrückens OB **Charlotte Britz** ihren 52., MdB **Christian Lange** seinen 46. und **Lars Krumrey**, Landesgeschäftsführer in Brandenburg, seinen 41. Geburtstag. Zwickaus OB **Pia Findeiß** wird am 28. Februar 54 Jahre alt.



Nachfragen bei  
Kathrin Veh, SPD,  
T.: (030) 25991 137

## Neuer Ärger für Thilo Sarrazin

Im Parteiausschlussverfahren wird für Bundesbank-Vorstand Thilo Sarrazin die Luft dünner. Ein Gutachten im Auftrag der SPD-Kreisverbände

Spandau und Alt-Pankow kommt zu dem Ergebnis, dass Sarrazins Äußerungen rassistisch sind. Zurzeit läuft das Verfahren auf Landesebene. *kai*

Quelle: Berliner Morgenpost vom 8. Januar

## Erneuerer setzen sich durch

Nach Drängen des SPD-Kreisvorsitzenden Olaf Lies ist der frühere Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke als Kreistagsvorsitzender in Friesland zurückgetreten. Seine Mandate im Kreistag sowie im Rat der Stadt Varel will er ruhen lassen. Funke

war in die Kritik geraten, weil er 2007 vom Oldenburg-Ostfriesischen Wasserverband (OOWV) 8 000 Euro zur Ausrichtung seiner Silberhochzeit erhalten hatte. Funke war zum damaligen Zeitpunkt Vorstand des kommunalen Unternehmens. *kai*

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 8. Januar

## Von der Leyen will Hilfe aus einer Hand beenden

Am 25. Januar 2010 hat Bundesarbeitsministerin von der Leyen gleich zwei Arbeitsentwürfe zur Trennung der Aufgaben in den Jobcentern und zur Entfristung der Optionen vorgelegt. Schlimmer hätte es nicht kommen können; die vorgesehenen Regelungen sind der schlechteste Weg für die Gewährleistung einer umfassenden Unterstützung von Langzeitarbeitslosen. Angesichts dieser un-

zureichenden Vorschläge appelliert die Bundes-SGK noch einmal an Bund und Länder, rasch die verfassungsrechtliche Absicherung sowohl des Modells der Arbeitsgemeinschaft als auch des Optionsmodells auf den Weg zu bringen. Die Kommunen wollen Hilfe aus einer Hand für die Langzeitarbeitslosen weiterhin gewährleisten können.



[www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de)

## DGB-Analyse: Kommunen als Krisenverlierer

Steigende Arbeitslosigkeit und Gewinneinbrüche der Unternehmen sind die Ursache für die sich ver-

schlechternde Finanzsituation von Städten und Gemeinden, so das Ergebnis einer DGB-Analyse.

Download:  
[www.dgb.de/2010/01/adamy\\_krise\\_spuren\\_arbeitsmarkt.pdf](http://www.dgb.de/2010/01/adamy_krise_spuren_arbeitsmarkt.pdf)

## Fotowettbewerb „Bitte lächeln, alte Stadt“

Unter dem Titel „Bitte lächeln, alte Stadt“ haben Bundesverkehrsministerium und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz einen Fotowettbewerb zum

städtebaulichen Denkmalschutz gestartet. Er richtet sich an Profis, Laien und Schüler. Einsendeschluss ist der 15. August.

[www.bitte-laecheln-alte-stadt.de](http://www.bitte-laecheln-alte-stadt.de)

## Handbuch für kommunale Bahnhofsentwicklung

„Bahnhöfe als Bausteine der Stadtentwicklung“ lautet der Titel eines Handbuchs für kommunale

Bahnhöfe, das das Forum Bahnflächen NRW herausgibt.

Bestellung:  
[www.bahnflaechen.info](http://www.bahnflaechen.info)

## Schwerpunktheft „Armut im Sozialraum“

Zum Thema „Prekariat, Segregation und Armut im Sozialraum“ hat die Deutsche Zeitschrift für

Kommunalwissenschaften ein neues Schwerpunktheft herausgegeben.

Bestellung:  
[www.difu.de/publikationen](http://www.difu.de/publikationen)

## Sportanlagen im rechten Licht

Wie Sportplätze und -hallen richtig beleuchtet werden, beschreibt die Fördergemeinschaft Gutes

Licht, licht.de, in ihrem neuen Heft licht.wissen 08 zum Thema „Sport und Freizeit“.

Bestellung/Download:  
[www.licht.de](http://www.licht.de)

## Bezahlbare Mobilität

„Steigende Verkehrskosten – bezahlbare Mobilität“ sind das Thema der aktuellen Ausgabe der Informa-

tionen zur Raumentwicklung, die das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung herausgibt.

Bestellung:  
[selbstverlag@bbr.bund.de](mailto:selbstverlag@bbr.bund.de)

## Modellvorhaben für Wohnquartiere

Ein Modellvorhaben mit dem Ziel, bauliche Konzepte zur Steigerung der Attraktivität innerstädtischer Wohnquartiere für Familien mit Kindern umzusetzen, lobt die Oberste Baubehörde im

Bayerischen Innenministerium aus. „IQ – Innerstädtische Wohnquartiere“ lautet der Titel. Bewerbungen sind bis 15. Februar bei der Bewilligungsstelle der sozialen Wohnraumförderung möglich.

[www.wohnen.bayern.de](http://www.wohnen.bayern.de)

## Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik

„Strategische Öffentlichkeitsarbeit in der Kommunalpolitik“ sind Titel und Thema des neuesten

Bands aus der Reihe „Texte der Kommunalakademie“, die die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgibt.

[www.fes-kommunalakademie.de](http://www.fes-kommunalakademie.de)

## Frühjahrsprogramm des Bebel-Instituts

Im Mittelpunkt des Frühjahrsprogramms des August-Bebel-Instituts stehen die Entwicklung der so-

zialen Stadt sowie Bürgerpartizipation bei der Gestaltung guter Lebensverhältnisse.

[www.august-bebel-institut.de](http://www.august-bebel-institut.de)

## Broschüre gegen Kindesmisshandlung

Für den Umgang mit Fällen der Kinderwohlgefährdung hat der Landesjugendring Berlin die Broschüre

„Was tun bei (Verdachts)fällen von Kinderwohlgefährdung im Jugendverband“ herausgegeben.

[www.ljrberlin.de](http://www.ljrberlin.de)

## Frauen in der Kommunalpolitik

„Frauen in Politik und Medien“ lautet der Titel eines Beitrags aus dem Heft „Aus Politik und Zeitgeschich-

te“ (50/09). Er stellt Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen dar.

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)

## Internetportal für Dienstleister

Über ein Internetportal der bayerischen Staatsregierung können sich Dienstleister seit kurzem elektronisch und rund um die Uhr über alle notwendigen

Formalitäten, Verfahren sowie die zuständigen Behörden informieren.

[www.eap.bayern.de](http://www.eap.bayern.de)

## Termine im Februar 2010

Am 10. Februar findet im Difu in Berlin die Veranstaltung „Frühe Hilfe als gemeinsame Aufgabe von Jugendhilfe und Gesundheitssystem“ statt.

**Infos und Anmeldung:** [www.difu.de/seminare](http://www.difu.de/seminare)

Am 10. und 11. Februar findet in Kiel eine Fachkonferenz des VKS im VKU zum Thema „Rekommunalisierung“ mit Schwerpunkt Entsorgungsträger statt.

**Infos und Anmeldung:** [berlin@obladen.de](mailto:berlin@obladen.de)

Am 18. Februar findet in Castrop-Rauxel eine Veranstaltung zum Thema „Das Quartiersmanagement mit Genderblick: anders sehen, anders planen?“ statt.

**Anmeldung:** [www.sozialestadt.de/termine](http://www.sozialestadt.de/termine)

Am 19. und 20. Februar findet in Hofgeismar eine Tagung zum Thema „Verantwortung für eine solidarische Stadt“ statt.

**Anmeldung:** [www.sozialestadt.de/termine](http://www.sozialestadt.de/termine)

Vom 22. bis 23. Februar veranstaltet der VKS im VKU in Düsseldorf das Seminar „Key-Account Ma-

nagement in kommunalen Unternehmen“.

**Infos und Anmeldung:** [berlin@obladen.de](mailto:berlin@obladen.de)

Am 22. und 23. Februar findet in Köln ein gemeinsames Seminar von Difu und DST zum Thema „Denkmalschutz nicht ohne Umweltschutz“ statt.

**Infos und Anmeldung:** [www.difu.de/seminare](http://www.difu.de/seminare)

Am 23. Februar veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung in Darmstadt eine Diskussion zum Thema „Nachhaltige Strukturpolitik im privaten und öffentlichen Raum“.

**Anmeldung:** [christine.zimmer@fes.de](mailto:christine.zimmer@fes.de)

Vom 24. bis 26. Februar findet unter dem Titel „Forum Quartiersmanagement“ eine interdisziplinäre Fortbildung für Quartiersakteure in Gelnhausen statt.

**Anmeldung:** [www.sozialestadt.de/termine](http://www.sozialestadt.de/termine)

Der nächste DEMO-Newsletter erscheint Ende Februar 2010. Mehr Termine unter [www.demo-online.de/termine](http://www.demo-online.de/termine). Alle Angaben wie immer ohne Gewähr.

Zukunft  
Kommune



Fachmesse für kommunale  
Lösungen, Dienstleistungen  
& Beschaffungen

18.–19. Mai 2010 Messe Stuttgart

## Bestellcoupon für die DEMO

Die Demokratische Gemeinde, kurz DEMO, erscheint jeden Monat. Das Einzelheft kostet 6,65 Euro zuzügl. 1,53 Euro Versand. Die DEMO gibt es auch im Jahresabo für 69 Euro frei Haus. Schüler/innen und Studenten zahlen 38,35 frei Haus.

Ich bestelle:

- die nächste Ausgabe der DEMO
- Das Jahresabo der DEMO ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 69 Euro und erhalte dazu das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“
- Das Jahresabo für Schüler/innen und Studenten/innen ab der nächsten Ausgabe zum Preis von 38,35 Euro (bitte Nachweis beilegen)
- ein kostenloses Probeexemplar der DEMO
- Das Handbuch „Deutschland kommunal 2010“ zum Preis von 22,50 Euro zzgl. Porto und Versand.

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_@\_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Das Abo verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird. Diese Bestellung kann innerhalb von einer Woche gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin, widerrufen werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Der DEMO-Newsletter geht an mehrere tausend Mailadressen. Wenn Sie jemanden kennen, der uns gerne kennenlernen möchte, teilen Sie uns bitte seine Mailadresse mit.

Wenn Sie im Newsletter werben wollen, wenden Sie sich bitte an Henning Witzel,

T.: (030) 25594175 oder [witzel@demo-online.de](mailto:witzel@demo-online.de). Wir freuen uns auf Ihre Post.

Falls Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, senden Sie bitte eine Mail an [tanski@demo-online.de](mailto:tanski@demo-online.de) mit dem Betreff „keinen Newsletter mehr“.

Impressum: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Redaktion Demokratische Gemeinde, Stresemannstr. 30, 10963 Berlin.  
Redaktionelle Bearbeitung: Kai Doering (kai), Norbert Seeger (nr). V.i.S.d.P.: Stefan Grönebaum (sg)